



Es sind diese Momente, in denen die politische Gegenwart plötzlich wie ein Spiegelkabinett wirkt.

Ein US-Präsident stellt sich demonstrativ hinter die Ehefrau eines europäischen Staatschefs – und das ausgerechnet gegen eine Stimme aus dem eigenen ideologischen Lager. Als Donald Trump öffentlich äußert, er hoffe, Brigitte Macron werde in ihrem Diffamierungsprozess „viel Geld gewinnen“, klingt das zunächst wie eine Randnotiz. Tatsächlich markiert es einen neuralgischen Punkt im Zusammenspiel von Politik, digitaler Gerüchteküche und juristischer Gegenwehr.

Die Irritation sitzt tief.

Denn Trump, der sich in der Vergangenheit nicht gerade durch diplomatische Wärme gegenüber Emmanuel Macron hervorgetan hat, schlägt plötzlich einen anderen Ton an. Er verteidigt Brigitte Macron entschieden gegen die Vorwürfe von Candace Owens, die eine längst widerlegte Verschwörungstheorie erneut in Umlauf brachte. Ganz nebenbei lässt er eine jener typisch trumpesken Bemerkungen fallen – eine Mischung aus politischem Statement und Boulevardästhetik –, die ebenso irritiert wie sie Aufmerksamkeit bindet.

Doch hinter der Oberfläche brodelt ein größerer Konflikt.

Der juristische Schritt des französischen Präsidentenpaares, in den Vereinigten Staaten gegen Owens vorzugehen, ist kein bloßer Akt persönlicher Verteidigung. Er gleicht vielmehr einem strategischen Vorstoß in einem Terrain, das sich in den vergangenen Jahren rasant verändert hat. Gerüchte, einst flüchtig und lokal begrenzt, verbreiten sich heute global, algorithmisch verstärkt, emotional aufgeladen.

Die Theorie, Brigitte Macron sei als Mann geboren, gehört zu jener Kategorie digitaler Mythen, die sich hartnäckig halten, obwohl sie jeder faktischen Grundlage entbehren. Ihr Erfolg speist sich aus einem toxischen Mix aus Sensationslust, politischer Polarisierung und gezielter Desinformation. Owens hat diese Dynamik nicht nur genutzt, sondern systematisch verstärkt – mit Formaten, die eher an Serienunterhaltung erinnern als an politische Analyse.

Man könnte sagen: Das ist schon wild.

Und genau hier setzt die juristische Auseinandersetzung an. Sie versucht, die Logik der digitalen Aufmerksamkeit durch die Logik des Rechts zu kontern – ein Unterfangen, das ebenso notwendig wie riskant erscheint. Denn während Gerichte auf Beweise und Verfahren setzen, lebt die Welt der sozialen Medien von Geschwindigkeit und Emotionalität.



Trumps Einlassung erhält vor diesem Hintergrund eine zusätzliche Dimension.

Sie verweist auf eine Verschiebung innerhalb des konservativen Spektrums in den USA. Zwischen etablierten politischen Akteuren und radikalisierten Medienfiguren verläuft längst eine Bruchlinie. Indem Trump sich gegen Owens positioniert, sendet er ein Signal – nicht nur nach außen, sondern auch in die eigenen Reihen.

Vielleicht geht es dabei weniger um Frankreich als um Amerika selbst.

Am Ende bleibt ein Bild, das symptomatisch für unsere Zeit ist: Politik als Bühne, Gerüchte als Drehbuch, Gerichte als letzte Instanz der Wirklichkeits- und Wahrheitsprüfung. In diesem Spannungsfeld entscheidet sich nicht nur das Schicksal einzelner Persönlichkeiten, sondern auch die Frage, wie belastbar Wahrheit im digitalen Zeitalter insgesamt noch ist.

Von C. Hatty